

6. Februar 2006

Pressemitteilung

Stoppt die Taschendiebe!

DGB und DBB NRW kündigen gemeinsame Protestveranstaltung am 23. März 2006 in Düsseldorf an

Nachdem DGB und DBB NRW bereits im September 2003 eine gemeinsame Großdemonstration durchgeführt haben, werden beide Spitzenorganisationen, die die Interessen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten vertreten, erneut zu einer gemeinsamen Protestveranstaltung aufrufen.

Die Demonstration richtet sich gegen den von der neuen Landesregierung fortgesetzten unsozialen und ungerechten Kurs einer zusätzlichen Haushaltskonsolidierung auf den Rücken der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht weniger betroffen. Ob bei der Inneren Sicherheit, Weiterbildung, Kinderbetreuung oder öffentlichen Dienstleistungen: Das Land zieht sich immer weiter zurück, die soziale Infrastruktur wird abgebaut. Deshalb soll eine Großkundgebung als „besondere Form der Anhörung“ die Haushaltsberatungen 2006 im Düsseldorfer Landtag begleiten und zig-tausendfachen Protest zum Ausdruck bringen.

In einer gemeinsamen Stellungnahme erklärten der Vorsitzende des DBB NRW, **Ralf Eisenhöfer** und der scheidende Vorsitzende des DGB NRW, **Walter Haas** heute in Düsseldorf:

„Offensichtlich hat die neue Landesregierung nur ein kurzes Gedächtnis. Standen CDU und FDP bei der Großdemonstration im September 2003 damals noch als Opposition beifallbekundend mit uns gemeinsam vor dem Landtag, so sollen jetzt unter ihrer Verantwortung wieder einmal die Beamtinnen und Beamte im Land und in den Kommunen mit Einkommenskürzungen zur Sanierung des Landeshaushalts herhalten. Gemessen an ihren Wahlaussagen ist das ein eklatanter Wortbruch. Die bereits in den letzten Jahren erfolgten Kürzungen beim Weihnachtsgeld, der Wegfall des Urlaubsgeldes und die Heraufsetzung der Arbeitszeit ohne Gehaltsausgleich scheinen ebenso in Vergessenheit geraten zu sein, wie Nullrunden bei der Besoldung und überverhältnismäßig hohe Einschnitte in der Versorgung. Sonderopfer in Milliardenhöhe sind so bereits aus den Taschen der Betroffenen gezogen worden.

Die Spardiktate der Vergangenheit waren jedoch nur laue Lüftchen gegenüber den jetzt vom Finanzminister vorgelegten Einsparkonzepten. Neben abermaligen Einkommenskürzungen ist der konzeptionslose Abbau von über 10.000 Stellen in der Landesverwaltung mit aller Gewalt geplant, den auch Bürgerinnen und Bürger im Bereich der staatlichen Dienstleistungen spüren werden. Sogar vor dem Abbau der Mitbestimmung will man nicht zurückschrecken. Jetzt geht es ans Eingemachte. Hiergegen setzen wir uns gemeinsam zur Wehr.“

information

Verantwortlich: Ralf Eisenhöfer, Landesvorsitzender

Gartenstraße 22
D-40479 Düsseldorf

Telefon 0211.491583-0
Telefax 0211.491583-10
post@dbb-nrw.de
www.dbb-nrw.de

Sollte die Landesregierung mit ihrem weiteren Kurs gegen die Beamteneinkommen Erfolg haben, hätte dies auch unweigerlich Folgen für die Tarifangestellten. Sie müssen bis heute darauf warten, dass sich das Land dem bereits im letzten Frühjahr mit Bund und Kommunen unterzeichneten neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst anschließt. Auch Bürgerinnen und Bürger werden die Sparmaßnahmen bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes zu spüren bekommen. Die Daseinsvorsorge, die dem Land und den Kommunen obliegt, wird durch den ungeordneten Rückzug des Staates immer mehr in Frage gestellt. Hier gilt es gegenzuhalten: Nordrhein-Westfalen muss ein soziales Land bleiben.

Ansprechpartner für den DBB sind Ralf **Bergendahl** 0211/ 49 15 83 - 13
für den DGB Sigrid **Wolf**, 0211/4301 - 241.

information

Verantwortlich: Ralf Eisenhöfer, Landesvorsitzender